

Es kommt nicht oft vor, dass Roberta Metsola aus dem Wochenende zurückgerufen wird. Schon gar nicht für eine Hausdurchsuchung, bei der nach Schmiergeld gefahndet wird. Doch als am vergangenen Samstag bei der Präsidentin des Europaparlaments das Telefon klingelt, ist Gefahr im Verzug. Sie ist gerade auf Heimaturlaub in Malta, als der Brüsseler Richter Michel Claise die Wohnung des Abgeordneten Marc Tarabella durchsuchen will. Nach belgischem Recht muss Metsola dabei sein. Die Razzia soll vor 21 Uhr über die Bühne gehen, auch das fordert das Gesetz.

Also nimmt Metsola den nächsten Flieger nach Brüssel. Vom Flughafen geht es mit Blaulicht nach Anthisnes bei Lüttich, wo Tarabella wohnt. Vor Ort dann die Enttäuschung: Anders als in den Brüsseler Büros, wo die Ermittler bündelweise Geldscheine gefunden hatten, bleibt die Ausbeute gering. Mehr als ein Handy und IT-Material wird nicht beschlagnahmt. Dennoch – Roberta Metsola ist an diesem Tag unfreiwillig zur Hauptfigur in einem Politthriller geworden, der die Europäische Union erschüttert. „Katar-Gate“, so bezeichnen Zeitungen den Skandal, in dem es um Bestechungsgelder geht, die das Emirat Katar an EU-Parlamentarier und Assistenten gezahlt haben soll. Bis Dienstag stellten die Ermittler rund 1,5 Millionen Euro in bar sicher. Vier Personen wurden verhaftet.

Die Hauptverdächtige ist keine Geringere als Eva Kaili, Abgeordnete der griechischen Sozialisten und bislang Stellvertreterin von Parlamentspräsidentin Metsola. Die 44-Jährige hatte sich politisch vor allem um den Mittleren Osten gekümmert. Nach Angaben der belgischen Ermittler fanden sich in ihrer Wohnung in Brüssel 150 000 Euro in bar. Weitere 750 000 Euro wurden bei Kailis Vater entdeckt, ebenfalls in Brüssel.

Warum braucht es 14 Vizepräsidenten?

Noch im Oktober hatte Eva Kaili den Wüstenstaat besucht. Nun wird ihr die „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Geldwäsche und Korruption“ vorgeworfen. Sie streitet jedes Fehlverhalten ab, auch Katar leugnet alle Vorwürfe, doch die Indizien verdichten sich: Das EU-Parlament erlebt den größten Korruptionsskandal seiner Geschichte.

Er kommt zur Unzeit: Das Emirat feiert gerade die Fußballweltmeisterschaft. Und die EU hat Ungarn 6,3 Milliarden Euro aus dem Gemeinschaftsbudget entzogen –



Konfisziert

Rund 1,5 Millionen Euro stellten die Ermittler bei EU-Parlamentariern und Mitarbeitern sicher

Brüsseler Spezialitäten

Das EU-Parlament erlebt den größten **Korruptionsskandal** in seiner Geschichte. Wie reagiert Brüssel – mit schärferen Regeln oder Verschleierung wie in der Vergangenheit?

TEXT VON **ERIC BONSE**

wegen Vetternwirtschaft und Korruptionsverdacht. Regierungschef Viktor Orban sieht sich nun in seinen Vorurteilen gegenüber Brüssel bestätigt. „Willkommen im Europäischen Parlament“, schreibt er auf Twitter.

Parlamentspräsidentin Metsola war erst im Januar an die Macht gekommen. Eigentlich wollte die 43-Jährige das Parlament als Sprungbrett nutzen: Insider

sagen der konservativen Politikerin Ambitionen auf den Posten von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach. Nun aber muss sie die Reputation der Straßburger Kammer retten – und ihre eigene. Schließlich fragen sich viele, warum die Präsidentin 14 Stellvertreter und Stellvertreterinnen braucht und warum sie ihr Führungsteam augenscheinlich nicht im Griff hat.

In den dramatischen Stunden der Hausdurchsuchungen entschließt sich Roberta Metsola zur Flucht nach vorn: Eva Kaili wird im Eilverfahren abgesetzt, ohne das Ende der laufenden Ermittlungen abzuwarten. Die offenbar kriminellen Machenschaften in ihrem eigenen Haus bezeichnet Metsola in einer flammenden Rede als „Angriff auf die europäische Demokratie“. Fremde, autokratische Mächte hätten es auf das Europa-Parlament abgesehen, sagt sie. Metsola stilisiert sich zur Verteidigerin der europäischen Ideale.

Und es scheint, als hätten ihre dramatischen Worte die Stimmung der Abgeordneten im Plenarsaal tatsächlich getroffen. „Das war eine gute Rede“, sagt der FDP-Politiker Moritz Körner. Nun gehe es um Schadensbegrenzung und schnelle Aufarbeitung. „Sonst verfolgt uns das bis zur Europawahl 2024.“

Doch es gibt auch kritische Stimmen. „Offensichtlich bedurfte es einer Staatsanwaltschaft, um den Skandal aufzudecken“, sagt etwa der SPD-Rechtsexperte René Repasi.

Das Parlament habe nicht selbst gehandelt, das sei ein strukturelles Problem.

Tatsächlich gehören zur Geschichte dieses Parlaments viele Skandale, deren Aufdeckung meist ohne Folgen blieben. 2011 hatte die „Sunday Times“ die sogenannte „Cash for amendments“-Affäre ins Rollen gebracht: Dabei hatten Undercover-Journalisten Europaabgeordneten Geld dafür angeboten, Änderungsanträge für Gesetzestexte zu stellen. Immerhin 14 von 60 kontaktierten Parlamentariern waren zu Gesprächen über die 100 000-Euro-Fake-Offerte bereit.

Im Jahr 2013 wurde dann bekannt, dass das autokratische Regime in Aserbaidschan versucht hatte, sich den Europarat mit teuren Gastgeschenken gefügig zu machen. Auch das EU-Parlament war betroffen: Abgeordnete hatten dem Land „freie und faire Wahlen“ bescheinigt. Die groteske Fehleinschätzung ging auf inoffizielle Reisen zurück, zu denen sich die EU-Parlamentarier hatten hinreißen lassen – eingeladen von der aserbaidschanischen Regierung. Es kam zum Eklat. Doch geändert hat sich seither nichts. Bis heute begeben sich die Abgeordneten auf gut bezahlte „private“ Reisen. Auch der letzte Besuch von Eva Kaili in Katar sei außerplanmäßig, also privat und unkontrolliert erfolgt, heißt es in Brüssel.

Treffen von EU-Vertretern mit Katar würden generell nicht dokumentiert, erklärt der EU-Abgeordnete Daniel Freund. Der

grüne Politiker hat sich auf Korruptionsbekämpfung spezialisiert. „Das Lobbying von Katar bleibt komplett im Dunkeln“, klagt er. „Ich habe mehr Transparenz bei Lobbying für Drittstaaten gefordert – ohne Erfolg.“

Das Parlament verfügt zwar über ein Transparenzregister, in dem Lobbytreffen dokumentiert werden sollen, aber eben nicht müssen. Nach einer neuen Studie



Kaltgestellt Die Hauptbeschuldigte Eva Kaili, 44, wurde als stellvertretende EU-Parlamentspräsidentin abgewählt

nutzen es gerade einmal 58 Prozent der Abgeordneten. Treffen mit Vertretern aus Nicht-EU-Staaten werden erst gar nicht erfasst, sie gelten als diplomatische Kontakte und bleiben im Dunkeln.

Das Problem liege nicht an den Regeln, sondern an deren mangelnder Durchsetzung, meint Martin Schirdewan, Co-Fraktionschef der Linken im EU-Parlament. „Die Transparenzregeln sind fortschrittlich. Doch es gibt ein massives Umsetzungsdefizit, der legislative Fußabdruck wird verwischt.“ Die Schuld daran trage die Parlamentsführung – also Metsola und ihre 14 Stellvertreter. Das Präsidium, dem auch fünf Verwaltungsexperten, sogenannte Quästoren, angehören, sei eine „Blackbox“, so Schirdewan. Es gebe zwar Experten für die Gebäudesanierung, nicht aber für die Korruptionsbekämpfung.

Kungelei ist ein systemisches Problem

Noch schärfer fällt das Urteil von Michiel van Hulten aus, dem Chef der Nichtregierungsorganisation Transparency International EU. „Jeder Versuch, die Verantwortlichkeit zu verbessern, wird vom Präsidium blockiert – mit Zustim-

mung einer Mehrheit der Abgeordneten.“ Im Europaparlament habe sich so eine „Kultur der Straflosigkeit“ entwickelt. Viele Parlamentarier glaubten, dass Ethik-Regeln nur für andere gelten, nicht für sie selbst.

Dass im Präsidium gern gemauschelt wird, zeigte sich auch im September bei der Ernennung eines neuen Generalsekretärs. Metsola brachte ihren bisherigen Kabinettschef Alessandro Chiochetti durch, indem sie den beteiligten Fraktionen neue Posten versprach.

Nicht nur die Kungelei an der Spitze des EU-Parlaments ist ein Problem. Auch die politische Kultur erschwert jede Reform. Anders als im Bundestag gibt es in der Brüsseler Kammer keine echte Opposition. Hier teilt man das Parlament in „Pro-Europäer“ und „Anti-Europäer“. Und die überzeugten EU-Politiker suchen in allen wichtigen Fragen den Schulterchluss.

Dass die Grenzen zwischen Konsenssuche und Kungelei fließend sind, zeigt auch die entbrannte Debatte über Konsequenzen aus „Katar-Gate“. Der CDU-Abgeordnete Dennis Radtke sagt: „Es geht um die Hygiene des gesamten Systems. Deshalb müssen wir Tabula rasa machen.“ Doch solange die belgische Justiz ermittelt, verbietet das Gesetz die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses.



Bewährungsprobe Parlamentspräsidentin Roberta Metsola, 43

Auch die seit Jahren geforderte Gründung einer unabhängigen Ethikbehörde wurde immer wieder verhindert. Lange stand der CDU-Politiker Rainer Wieland, ein weiterer Vizepräsident des EU-Parlaments, auf der Bremse. Bei einer Abstimmung im September 2021 hatten sich die Christdemokraten enthalten, ihnen ging der Vorschlag zu weit.

Nun hat sich EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen eingeschaltet. „Wir brauchen die höchsten Standards“, betonte sie. Bei ihrer Wahl 2019 hatte sie Transparenz versprochen. Doch ihr Vorschlag, nun einen Ethikrat für alle EU-Institutionen einzurichten, wirkt wenig ambitioniert. Schließlich geht es im derzeitigen Skandal weniger um ethische Grundsätze als vor allem um: strafrechtlich relevante Säcke voll Geld. ■